

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“ und „Heimatvolk und Heimatflur“. — Preis vom 16. bis 31. Januar M. 1 Billion 300 Milliarden. Nachherhebung vorbehalten. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Fernsprecher Nr. 55. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Köln 41890.



Anzeigenpreis — gegen Zahlung bei Ausgabe — für die 34 m/m breite Colonne: 25 Goldpfennig, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 35 Goldpfennig. Reklamezeile 1 Goldmark. Bei späterer Zahlung gegen Rechnung: Zeilenpreis 30 Goldpfennig, außerhalb d. Kreise Neuß u. Grevenbroich 40 Pf. Reklamezeile 1,20 Gm. Anzeigen erbeten bis 5½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 14

Für die Schriftleitung verantwortlich: St. Reil.

Donnerstag, 17. Januar 1924 (Antonius)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

51. Jahrgang

Die britische Regierung zur Separatisten- und Ruhrfrage. — 980 Wohnungen in Essen angefordert.

Einigung im Gladbacher Textilgewerbe. — Der neue Weihbischof.

Zur Rheinlandfrage.

Berlin, 15. Jan. Wie wir hören, findet am kommenden Samstag auf Veranlassung des preussischen Ministeriums eine Besprechung über die Lage in Rheinland und Westfalen statt, zu der die beteiligten Vertreter beider Provinzen geladen sind. Es handelt sich in erster Linie darum, über die Beziehungen der beiden Provinzen zu Preußen für die Gegenwart und Zukunft völlige Klarheit zu schaffen, und die Beziehungen, die auf eine Neuordnung dieser Beziehungen hinarbeiten, in ihren Beweggründen und in ihren Zielen offenzulegen.

Die Eisenbahn der Kölner Zone.

Wien, 15. Jan. Weiter zufolge ist in London eine Bestätigung des Berichtes eingetroffen, daß die französische Regierung das englisch-französische Uebereinkommen, das den Betrieb der Eisenbahnen durch das Kölner Gebiet betrifft, verworfen habe. Dieser Tatfache ist nichts bekannt. Es sei auch nicht möglich mitzuteilen, was der nächste Schritt sein werde, wenn man auch annehme, daß weitere Verhandlungen sein würden. Der englische Standpunkt bezüglich des Betriebes der Bahnen im britisch besetzten Gebiet sei vollkommen unverändert. Die britische Regierung wüßte die Eisenbahnen vollständig unter britischer Obhut und frei von französischer Lebensversicherung und Kontrolle zu behalten. Man sei der Ansicht, daß die in die britische Zone einfließende, weiterhin aus der Hand der französischen Regierung, die die britische Regierung übernommen werden müssen, bis sie die britische Zone verlassen, worauf sie dann wieder durch die Regierung übernommen werden sollen.

Ein Attentatsplan gegen General v. Seekt?

Berlin, 15. Jan. Heute vormittag sind in dem hiesigen Café Astor einige Personen verhaftet worden, die im Verdacht stehen, ein Attentat auf den Chef der Reichswehr, General v. Seekt, zu planen. Die Sache ist dem Untersuchungsrichter übergeben. Erst die Vernehmung der Verdächtigten wird ergeben, ob es sich um eine ernst zu nehmende Sache oder um einen Witz handelt. Berlin, 16. Jan. Zu der Meldung über die Aufdeckung eines Attentatsplanes gegen den General v. Seekt wird noch berichtet, daß es sich um eine Selbsttötung von zwei Reuten aus dem Kreis um Hoffmann handelt. Die beiden Persönlichkeiten waren Mitarbeiter und Beauftragte an einem Plan zur Ermordung des Generals v. Seekt. Die Vernehmungen sind zur Stunde in einem Stadium, das ein abschließendes Urteil über die Angelegenheit noch nicht gestattet. Die Untersuchung liegt in den Händen des Reichsgerichtspräsidenten, der die öffentliche Sicherheit und der politischen Polizei.

Eine Papstspende für die theologische Wissenschaft.

Münster, 16. Jan. Der Papst hat der Arbeitsgemeinschaft der katholischen theologischen Fakultäten und Lehranstalten Deutschlands die erhebliche Summe von 50 000 Lire für die theologische Wissenschaft (Theologische Zeitschriften) zur Verfügung gestellt. In dem an Professor Meiner (Münster), den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, gerichteten Begleichenschein des Kardinalstaatssekretäres Gasparri läßt der Papst einige gute Worte über die theologische Wissenschaft und die katholische Theologie nieder.

Die Lage im Industriegebiet.

Wien, 17. Jan. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Textilindustrie haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeitszeit soll nach der Arbeitszeitordnung geregelt werden; nötigenfalls durch einen Schiedsspruch, dem sich beide Teile unterwerfen. Wien, 17. Jan. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie sind gescheitert. Die Arbeitgeber wollten eine größere Spannung zwischen dem Lohn von Facharbeitern und Hilfsarbeitern einführen, da es ein Hindernis sei, den Lohn zwischen beiden Gruppen nur auf eine Ebene zu bringen. Die Arbeiter gingen darauf nicht ein. Der Staatskommissar soll zu einem Schiedsspruch angerufen werden.

Die Reichsinduzierung.

Berlin, 16. Jan. Die Reichsinduzierung für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Bestimmungen des Statistischen Reichs-

amtes für Montag, den 14. Jan. auf das 1,116 Billionen für den Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,13 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,8 v. H. zu verzeichnen.

Berlin, 16. Jan. Die auf den Stichtag des 15. Januar berechnete Grobhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes beträgt 119,8 und zeigt somit gegenüber dem Stand vom 8. Januar (119,7) keine wesentliche Veränderung. Die Indexzahlen der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 106,9 (am 8. Januar ebenfalls 106,9), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 84,9 (84,2), Industrielle 143,9 (143,6), davon die Gruppe Kohle und Eisen 140 (140,2), ferner Inlandwaren 111,4 (111,7), Einfuhrwaren 161,6 (160).

980 Wohnungen angefordert.

Wien, 17. Jan. Die Besatzungsbehörde hat 980 Wohnungen für Offiziere und Beamte angefordert, die am 20. Januar eintreffen werden. In einem Monat müssen die Wohnungen gestellt sein.

Die Goldnotenbank.

Wien, 16. Jan. Zwischen den französischen Beisitzern und den deutschen Bankiers sind hier am 15. Januar erneut Verhandlungen über die Rheinische Goldnotenbank gepflogen worden. Es handelt sich um die bekannten Nebenbedingungen, die das Reich nicht akzeptieren zu können. Die Bedingungen sind von den Franzosen nicht völlig angenommen worden. Deshalb wurde ein Vertreter zur Regierung nach Berlin entsandt. Die Reichsregierung hat nun ihr Mandat abgelehnt und so großes Gegenkommen gezeigt, daß ein Scheitern der Verhandlungen die Gegenseite treffen wird.

Der preussische Ministerpräsident Braun zum Tode des Prälaten Brünig.

Berlin, 15. Jan. Der preussische Ministerpräsident Braun hat der in Münster lebenden Mutter des am 7. d. M. auf einer Amerikareise verstorbenen Prälaten Brünig folgendes Telegramm geschickt:

Anlässlich des alljährlichen Gedenktages Ihres Sohnes, des um die deutsche Sache so hoch verdienten Prälaten Brünig spreche ich meine aufrichtige Teilnahme aus. Die unermüdliche Tätigkeit des Verstorbenen zum Nutzen unserer vaterländischen Bevölkerung wird unvergänglich bleiben.

Der preussische Ministerpräsident: Dr. Braun.

Die Vorgänge in der Pfalz.

Wien, 16. Jan. Auf Wunsch des englischen Generalconsuls Elbe waren bei seinem gestrigen Besuch in Speyer von Bürgermeister Dr. Volmer die Vertreter der pfälzischen Städte und Gemeinden sowie die Geistlichkeit geladen, um über die durch die Verhaftung der Separatisten in der Pfalz geschaffene Lage Bericht zu erstatten. Auch diese Besprechung ergab einwandfrei, daß die gesamte pfälzische Bevölkerung den Separatisten jähzornig ablehnend gegenübersteht und daß die separatistische Bewegung in der Pfalz nur dadurch zustande gebracht werden konnte, daß die französische Besatzungsbehörde die Bewegung in jeder Weise unterstützte. Der Generalconsul Elbe hat heute seine Informationsreise durch die Pfalz fortgesetzt. Im hiesigen Amtsgerichtsgebäude werden von den Separatisten jetzt über 40 Personen festgehalten. 15 weitere Finanzbeamte sind von den Separatisten aus der Pfalz ausgewiesen worden.

Mannheim, 16. Jan. Der englische Generalconsul Elbe hatte eine Unterredung mit dem Vertreter der Neuen Badischen Landeszeitung, bevor er Mittwoch morgen von Mannheim nach Speyer fuhr. Er betonte, daß er die Verhältnisse ganz neutral zu untersuchen wünsche. Er werde bemüht sein, mit allen Schichten der Bevölkerung zu sprechen. Er fuhr zunächst nach Landau, dann nach Speyer und werde am Freitag in Koblenz dem britischen Delegierten in der Rheinlandkommission über seine Untersuchung Bericht erstatten. Wien, 16. Jan. Von der Separatistenregierung wurden ausgewiesen: Rentamtmann Fichtner, Rentamtmann Kaufmann und Rentamtmann Wäcker, ferner wurde der stellvertretende Bezirksvorsteher Regierungsrat Herz aus seinem Amte verdrängt und der Registrator Doll ausgewiesen.

Die Drohungen der Separatisten.

Ludwigshafen, 15. Jan. Die pfälzische Rundschau und der Generalanzeiger für Ludwigshafen, die beide im selben Verlag erscheinen, wurden heute mittag sofort nach Ausgabe der ersten Blätter von den Separatisten beschlagnahmt; die noch vorhandenen Exemplare wurden in Autos weggeschafft. Die beiden Zeitungen hatten in ihrer heutigen Nummer aus Anlaß des Beschlusses des englischen Generalconsuls in München nach-

mals den Standpunkt der pfälzischen Bevölkerung zur Frage der Autonomie dargelegt.

Wegen angeblicher Verdröhung der Mitglieder der Pfälzer autonomen Regierung, die Briefe „Inhaltlich“ erhalten haben wollen, in denen allen Sonderbündlern das gleiche Schicksal angedroht wird, das Seitz befohlen war, erklärt die „Regierung“, sie sehe sich zu folgenden Anordnungen veranlaßt:

1. Für jeden gegen ein Mitglied oder einen Beamten der Regierung der autonomen Pfalz verübten oder verübten Anschlag hatten die fünf angeschlossen Bürger der Pfalz aus dem Gegenlager mit ihrem Leben und ihrem gesamten Vermögen.

2. Für jeden gegen einen Bezirkskommissar der autonomen Pfalz oder einen Beamten des Bezirkskommissariats verübten oder verübten Anschlag hatten die fünf angeschlossen Bürger des Bezirks aus dem Gegenlager mit ihrem Leben und ihrem gesamten Vermögen. Es liegt im eigenen Interesse der Bevölkerung der Pfalz, eine Wiederholung von solchen Anschlägen zu verhindern.

Der Abzug der Sonderbündler.

Königswinter, 16. Jan. Die Sonderbündler sind heute Nacht von Königswinter abgezogen. Die Fahne aus dem Rathaus wurde fortgenommen. Es herrscht großer Jubel in Königswinter über den Abzug.

England und die Separatisten- und Ruhrfrage.

Wien, 17. Jan. Die Unterhausdebatte wurde eröffnet durch eine große angelegte Rede des Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Mr. Rieu, der sich besonders mit der Separatistenfrage beschäftigte, die sehr heftig sei. Die englische Regierung stünde auf dem Standpunkt, daß eine Veränderung der Verfassung in Deutschland nur auf verfassungsmäßigen Wege zulässig sei, wozu die Weimarer Verfassung die Handhabe biete. Er nannte die Weigerung Frankreichs, eine englische Kommission in der Pfalz zuzulassen, töricht. Es sei jedoch eine baldige Klärung der Lage und eine Einigung mit Frankreich über die Angelegenheit zu erwarten.

Ueber die Ruhrfrage sagt Mr. Rieu: Die britische Regierung habe sich bemüht, in der Ruhrfrage gemäß dem Versailler Vertrag zu handeln. Sie wird ihr Einvernehmen mit Frankreich aufrecht erhalten, da davon die Wiederherstellung überhaupt abhängig sei.

Der Zweck der französischen Kommission.

Köln, 16. Jan. Die französische Kommission, die sich im englisch besetzten Gebiet über gewisse Verhältnisse unterrichten soll, ist heute in Köln angekommen. Die Kommission besteht aus zwei französischen Offizieren, die sich nach einer freundschaftlichen Unterhaltung mit den Herren der englischen Besatzungsbehörde heute vormittag zum Regierungspräsidenten begab, um ihm einen Besuch zu machen.

Die Aufgabe der heute vormittag in Köln eingetroffenen französischen Untersuchungskommission, der Oberst Richter und ein Offizier mit Namen Mallet angehören, besteht in der Feststellung, ob innerhalb vom britisch besetzten Gebiet aus irgendwelche Vorbereitungen und Hilfestellungen zur Bekämpfung der Sonderbündler in Düren und Konrad getroffen worden sind. Die britische Behörde ist, wie bereits mitgeteilt, mit der Untersuchung einverstanden. Der Standpunkt der britischen Behörde in dieser ganzen Frage ist grundsätzlich gekennzeichnet durch die Bestimmungen des Rheinlandabkommens. Die französischen Offiziere machten heute vormittag bei den Vertretern der englischen Besatzungsbehörde einen Höflichkeitsbesuch und begaben sich dann zu dem Kölner Regierungspräsidenten, dem sie durch den englischen Offizier vorgestellt wurden. Die Untersuchungskommission nahm ihre Tätigkeit sofort auf.

Ausschreitungen.

Düsseldorf, 16. Jan. Ueber die gestrigen Ausschreitungen veröffentlicht der heutige Polizeibericht noch folgende Einzelheiten:

Im Laufe des gestrigen Tages ist es wieder zu Ausschreitungen gekommen. Gegen 6 Uhr abends haben Tumultanten auf dem Hindenburgwall einen Anhängwagen der Straßenbahn umgeworfen und beschädigt. Nach Schluß einer politischen Versammlung gegen 9½ Uhr abends gegen die Teilnehmer in größeren Gruppen durch die Stadt, wobei sie radaufhängige Laternen fanden. Es wurden die Straßenbahnen am Weiterfahren gehindert und verurteilt, den Betrieb stillzulegen. Auf der Ackerstraße und auf dem Worringen-Platz wurden die Anlässe zum Aussteigen gezwungen und die Fahrer der Straßenbahnen vertrieben. Auf der Schadowstraße wurde ein Personen-Auto angehalten, die Anlässe zum Aussteigen gezwungen und mißhandelt und das Auto schwer beschädigt. Die Polizei zerstreute hier die Menge, die sich dann aber wieder sammelte und zum Worring-

Der neue Weihbischof.

Köln, 17. Jan. Die Ernennung des Herrn Pfarrers von St. Gereon, Josef Sammls, zum Weihbischof von Köln steht, wie uns aus bester Quelle gemeldet wird, unmittelbar bevor. Die Weihe soll voraussichtlich am St. Josefstage stattfinden. Die Nachricht wird in Neuß mit besonderer Freude aufgenommen werden, war der bisherige Pfarrer von St. Gereon doch 10 Jahre lang als Kaplan an St. Quirinus tätig. Zu Nachen am 26. Januar 1868 geboren, empfing er am 15. August 1894 die Priesterweihe und erhielt dann als Kaplan an St. Quirin seine erste Anstellung. Was er als Präses des katholischen kaufmännischen Vereins Novesia und des katholischen Gesellenvereins hier für das katholische Vereinsleben und die katholische Jugend gewirkt hat, bleibt unvergessen. Seinem Kunstsinne verdankt die Mathiasbruderschaft den herrlichen Mathiaskreuz, zu dem aus der Mathiaskirche in Arier die Reliquien geschenkt wurden. Beim Quirinusjubiläum im Jahre 1900 war es der damalige Kaplan Sammls, der die Mittel für den prächtigen Schreinskiff machte und seine Ausführung mit entwarf. Der Neuß-Grevenbroicher Zeitung war der neue Weihbischof ein eifriger, geschätzter Mitarbeiter. Er wurde nach seinem Scheiden von Neuß zum Pfarrer in Oberhausen-Mitte ernannt, dann Pfarrer von St. Dionysius in Essen und im Jahre 1922 Pfarrer von St. Gereon in Köln. Möge ihm auch als Weihbischof ein reich segnetes Wirken beschieden sein.

ger-Platz hingen, wobei die Straßenbahnwagen beschossen wurden. Auf einem Wagen der Linie 9 wurde ein Kaufmann aus der Bonifertstraße durch einen Schuß am Knie schwer verletzt, so daß er in das Marienhospital gebracht werden mußte. Auf der Straßenbahn fahrende Polizeibeamte erwiderten das Feuer. Hier wurde der Zug gestoppt und die Teilnehmer zerstreut. In den nächsten Straßen. Später hatte sich am Dorotheen-Platz wieder eine größere Menschenmenge angesammelt, die erneut die Straßenbahnwagen anhielt und die fahrenden Polizeibeamten beschloß. Auch hier wurde von den Polizeibeamten das Feuer erwidert und die Menge zerstreut.

Düsseldorf, 16. Jan. Die Streiklage ist ziemlich unverändert. Die Arbeitgeber fordern heute in den Tageszeitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Langsam versucht die Arbeitererschaft, wieder zur Arbeit zu kommen. Während gestern auf der Rheinmetall 850 Arbeiter sich meldeten, konnten heute schon 1500 gezählt werden, die die Arbeit wieder aufnehmen. In der Stadt herrscht vollständige Ruhe. Zu irgendwelchen Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Ein Pulis.

Frederichshafen, 17. Jan. Hier wurden die Vorbereitungen für einen konununistischen Pulis aufgedeckt. Aus einem Werk waren zahlreiche Handgranaten von Kommunisten gestohlen worden.

Das Erdbeben in Japan.

Paris, 16. Jan. Ueber das Erdbeben in Japan liegen noch folgende Einzelheiten vor: Nach einer Schätzung ist das Erdbeben früh 5 Uhr 55 Minuten zuerst verzeichnet worden. Die Verbindungsstraße zwischen Tokio und Osaka und die Telephon- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Die Erdstöße dauerten 12 Minuten. Es soll 50 Tote und zahlreiche Verwundete in Tokio gegeben haben. Ausländer seien weder tot noch verwundet. Die königliche Familie sei ebenfalls ohne irgendwelchen Schaden davon gekommen. Nach anderen Telegrammen werden aus Yokohama sechs Tote und 200 Verwundete gemeldet. Dort seien 600 Häuser zusammengebrochen. Aus Kobe wird gemeldet, daß im Anschluß an den neuen Erdstoß im Norden von Tokio große Feuerbrünste ausgebrochen sind. In dessen Folge der Schaden bedeutend geringer als bei der letzten Katastrophe.

Wien, 16. Jan. Nach einer Blättermeldung aus Tokio ist das gestrige Erdbeben im ganzen Bezirk von Kanto, in dessen Mittelpunkt Tokio liegt, verpöht worden. Seit der Katastrophe vom 1. September sei nicht wieder ein so heftiger Erdstoß aufgetreten. In der Stadt Tokio seien die Elektrizitätsleitungen unterbrochen und Häuser zerstört worden.

„Kampf gegen Rom“.

Der „Bayerische Kurier“ weist mit erstem Nachdruck darauf hin, daß wir wieder „im offenen Kulturkampf stehen“. Unsere Feinde seien nicht die gläubigen Protestanten; der Kulturkampf gehe vielmehr von den „rein völkischen Verbänden“ aus. Das Blatt sagt:

Der Kampf der „Völkischen“ geht offenbar gegen die Jesuiten, tatsächlich aber gegen die katholische Kirche. Der Jesuitenorden ist ein von der Kirche approbierter und feierlich gebilligter Orden. Es ist eine lächerliche Dummheit, zwischen dem Ganzen und einem Teile zu unterscheiden in der Art, wie es hier geschieht. Ebenso lächerlich ist der Unterschied zwischen „religiösem“ und „politischem“ Katholizismus, der bei diesen Feinden der Kirche wieder Mode wird. In allen Zeiten des Kampfes gegen die Kirche hat man diese Unterscheidung vorgeschützt. Schon die Tatsache, daß man jetzt von verschiedener Seite wieder auf diesen aufmerksam macht, müßte uns Katholiken stutzig machen. Wir Katholiken wissen ganz genau, wie weit der Papst unser Oberhaupt ist: das brauchen uns die Feinde der Kirche, die von katholischem Wesen kaum eine Ahnung haben, nicht erst zu sagen. Daß unsere Politiker zwischen dem „Heiligen Vater“ und der „römischen Kurie“ zu unterscheiden wissen, haben sie gelegentlich der Septenastfrage deutlich gezeigt. Damals wünschten die Vorläufer der „Deutschvölkischen“, daß die deutschen Katholiken „römischer“ gesinnt seien. „Römisch“ ist nämlich kein klar bestimmter Begriff in jenem Lager. Man braucht das Wort, wie es einem gerade paßt. Heute aber ist „römisch“ und „jehuitisch“ alles das, was bei den Katholiken den fanatischen Anschauungen der „Völkischen“ nicht entspricht. Das Urteil der letzteren ist natürlich einzig maßgebend, und sie betrachten sich als mindestens ebenso unfehlbar in politischen Dingen, wie es der Papst in theologischen und moralischen Entscheidungen für die Kirche ist.

Man will uns den echt germanischen Geist beibringen, und im selben Atemzuge empfiehlt man den deutschen Katholiken das Vorbild der französischen. Wir sollen auch Chauvinisten werden, wie es viele der letzteren leider sind. Man legt es uns also nahe, „welchen“ Geist anzunehmen. Ist das germanische „Freiheitsbewußtsein“, das man so hoch preist? Wir deutschen Katholiken wissen selbst, was wir zu tun haben, und wir gehen deshalb nicht nach Frankreich, um es dort zu lernen. Dafür sind wir viel zu gut deutsch, und das lassen wir uns nicht nehmen, auch wenn Herr Traub uns in den „Eisernen Wäldern“ anders beraten will. In diesem Heft für uns: die Wahrheit lieben. Wir tun das, was wir in reichlicher Überzeugung für das Wohl der Nation und was unser Gewissen uns vorschreibt. Wir glauben, daß der Chauvinismus mancher französischer Katholiken ein Verstum ist, für den sie noch einmal bitten werden. Wir glauben, daß schließlich die Liebe eine größere Macht ist als der blinde Haß. Wir lieben unser Vaterland sicher so innig, wie es nur jemand tun kann, und sind bereit, für dasselbe die größten Opfer zu bringen. Wir greifen auch wieder zu den Waffen, wenn es die Not des Vaterlandes fordert, und werden an Tapferkeit keinem nachstehen. Aber schließlich sind wir überzeugt, daß nicht der „Kampf um das Leben“, nicht der tierische Haß die Völker beherrschen soll, sondern die Liebe, die Christus uns gelehrt hat. Das glauben wir, auch wenn wir deshalb von den „Völkischen“ als „jehuitisch“ und „römisch“ verketen werden, auch wenn uns diese die Liebe zum Vaterlande noch so sehr zu verstoßen suchen.

Diese Ausführungen treffen das Richtige. Die hier besprochenen Tatsachen und Beobachtungen sollten für alle deutschen Katholiken eine ernste Mahnung zur Einigkeit sein!

Die Reifprüfung.

Berlin, 15. Jan. In einer Unterredung mit einem Vertreter des Berliner Tageblattes erklärte der preussische Kultusminister Voellig, daß die auf Grund von Gerüchten über Verschärfung der Bestimmungen für die Reifprüfung bei den Eltern und Schülern hervorgerufene Beunruhigung vollkommen unbegründet sei. Die Reifprüfung werde Ostern 1924 nicht anders abgehalten werden als bisher. Im übrigen werde im Kultusministerium in Zusammenhang mit der bevorstehenden Schullehre eine durchgreifende Umgestaltung der Reifprüfung bearbeitet und voraussichtlich demnächst abgeschlossen werden können. Der Minister erklärte weiter, daß er gegen die Abschaffung der Reifprüfung sei, aber die Befreiung der Schüler von der Reifprüfung im Auge habe. Nichts.

Johannes Reusch's Abenteuer.

Erzählung aus der Zeit der Wende des Mittelalters.

2) Von G. Kerner.
(Nachdruck verboten.)

Einmal trat ich ihn, über ein großes Buch gebeugt und in das Lesen so vertieft, daß er mich gar nicht bemerkte. Als er endlich zu mir aufschau, glänzten seine Augen und er sprach: „Schau! her, Johannes, das Wunder, zu dem Gottes Gnade dem menschlichen Geiste verholpen hat. Dies ist die heilige Schrift, aber nicht geschrieben mit der Menschenhand, wie du sie schon früher gesehen hast, sondern gedruckt mit beweglichen Buchstaben, die man aus Blei gießt; und solcher Bücher kann ein einziger Mann machen so viel er will. Diese Kunst hat einer zu Mainz erfunden, namens Gutenberg, der Johannes heißt, wie du auch. Von ihm wird man noch reden über tausend Jahre, mehr als von vielen mächtigen Fürsten, die heute leben. Ich frage dich, daß ich dies noch erlebt habe. Siehe, in unseren Tagen sind Liebe und Ehre der Menschen erloschen und bedeckt mit eitlem Ruhm, mit Trägheit und Habgier. Besonders ist es bei den Geistlichen zu sehen, wenn sie mehr nach zeitlichem Gut und fleischlichem Wohlstand streben, als nach dem Heil der Seelen; denn dadurch kommt das gemeine Volk in arge Verirrung. So hat nun, auf daß die Verkündung des Gotteswortes und das böse Beispiel der Prediger den guten Christenmenschen nicht so schädlich sei, und damit niemand eine Entschuldigung habe, der Herr diese löbliche Kunst der Vervielfältigung der Bücher erweckt. Triffst du einen jeden Mensch selbst von Wege der Seligkeit lesen oder hören kann.“

Ich konnte mich nicht satt sehen an dem schönen Buch und meinte, jetzt würden die Menschen gut und weise werden wie nie zuvor, da sie ja alles lesen könnten, was jemals fromme und gelehrte Leute erdacht. „Gernach, gemach!“ sagte Vater Gi-

Das Ergebnis der sächsischen Gemeinderatswahlen

wird in einer Zuschrift der A. Z. aus Sachsen wie folgt gewürdigt:

Der bürgerliche Wähler, wenn man einmal von einem solchen sprechen will, ist gestärkt und der Antikrist geschwächt worden. Das hat zur Folge gehabt, daß dort, wo bereits bürgerliche Mehrheiten bestanden, diese Mehrheiten verstärkt, und daß dort, wo beide Gruppen sich die Waage hielten, wie z. B. in Dresden und Leipzig, eine bürgerliche Mehrheit geschaffen ist. Im übrigen herrscht natürlich innerhalb des sogenannten bürgerlichen Lagers die größte Zersplittertheit. Gibt es doch z. B. in Dresden neben den bekannten politischen Parteien auch noch eine besondere Partei der Handelsreisenden, der Hausbesitzer und der Beamten, die eine recht erhebliche Stimmenzahl auf sich vereinigen konnte.

Der Misserfolg der Linken im allgemeinen und der Sozialdemokratie im besonderen hat seine Gründe zum größten Teil, wenn auch nicht ausschließlich in den spezifisch sächsischen Verhältnissen. Im Sachsen, dem ehemaligen „roten Königreich“ gebildet, ist die sozialistische Arbeiterbewegung politisch und wirtschaftlich besonders radikal. Die Sozialdemokratie hat zwar wie bekannt vor einiger Zeit das Experiment gemacht, mit den Kommunisten zusammen eine Mehrheit im sächsischen Landtag und eine Regierung zu bilden. Bekannt ist auch das fälschliche Ergebnis dieses Versuches. Die Bundesgenossenschaft mit den Kommunisten ist den Sozialdemokraten schmerzhaft bekommen. Der Vorwurf sozialdemokratischer Wähler nach der äusseren Front darf wohl dahin gedeutet werden, daß diesen Kreisen statt der Halbheiten, die sie in der sozialdemokratischen Partei zu finden glaubten, der Radikalismus der Kommunisten, der auf den Gang der Politik nicht nur die Uneinigkeit im sozialdemokratischen Lager war ein Element der Schwäche. Die Verhinderung der, die der sozialdemokratischen Partei in sächsischen Verhältnissen in letzter Zeit gezeigt hat, hat auf die sozialdemokratischen Kreise aufreißend und vielleicht auch auf sozialdemokratische Mitläufer abschreckend gewirkt.

Wenn auch die besonderen sächsischen Verhältnisse für den Ausgang der Gemeinderatswahlen von entscheidendem Einfluß gewesen sind, so würde man doch der Bedeutung und dem Charakter dieser Wahlen nicht gerecht werden, wenn man in ihnen nicht auch ein Symptom für die Stimmung in Gesamtdeutschland erblicken würde. Die gesamte sozialdemokratische Partei Deutschlands macht eine Krise durch, der die Führer durch das sonst nicht neue Mittel eines gesteigerten oppositionellen und radikalen Verhaltens im Sinne der Vorkriegspolitik zu begegnen suchen. Mit allen Kräften und mit allen Mitteln soll die Partei mit möglichst heiler Haut durch die Stürme der nächsten Reichstagswahlen hindurchgeführt werden. Ob dieses Experiment den Führern glücken wird, ist mehr als zweifelhaft. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Sozial-

lungsbewegung bleiben, die Gesamtpersönlichkeit des Schülers in den Vordergrund zu stellen und seine gesamten früheren Leistungen zu berücksichtigen, um so die Prüfung mehr zu einer Nachprüfung des schon völlig sicheren Urteils zu machen. Wenn etwa statt eines einzigen deutschen Aufstiegs in den Schülern drei Themen zur Auswahl gegeben würden, so sei auch das ein kleiner Anfang der Milderung auf die Persönlichkeit der Schüler. Einem hervorragenden mittelaltlich veranlagten Schüler sei fernerhin gestattet worden, daß er eine Sonate von Beethoven spiele, und daß diese Leistung bei der Prüfung entsprechend mitgewertet würde. Daß seit Ostern 1922 die verbindliche Prüfung im Turnen eingeführt worden ist, gehe in der gleichen Richtung, ebenso die Zurückdrängung des einseitigen Verlesensmäßigen und ein verständnisvolles Eingehen auf die Persönlichkeit der Schüler. In dieser Richtung gehe die Reform. Man denke daran, daß größere Klassen- oder Hausarbeiten in der Prima teilweise als Ersatz für die Prüfungsbearbeitungen zugelassen werden. Zum Schluß betonte der Minister, daß die Wahlfreiheit auf der Oberstufe erhalten bleiben solle.

Die neue rheinische Kommunalwahl.

In nächster Zeit ist die Einführung der rheinischen Kommunalwahl zu erwarten. Auch dann, wenn die rheinische Goldnotenbank zustandekommt, die lediglich den Kreditverkehr der Industrie u. dgl. dienen wird, soll die Kommunalwahl das Geld des täglichen Verkehrs werden. Wir haben schon darüber im telegraphischen Auszug berichtet. Das WZB gibt weiter folgenden Bericht: WZB Köln, 14. Jan. Der Rheinische Landkreist-

demokratie bei den Reichstagswahlen mit ähnlichen Ergebnissen zu kämpfen haben wird, wie bei den sächsischen Gemeinderatswahlen. Die Sozialdemokratie trauert an dem Widerstand zwischen dem bürgerlichen Streben der meisten Führer und eines großen Teiles der sozialistischen Arbeiter, den staatlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden und dem im sozialdemokratischen Programm wurzelnden Unvermögen, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Mit dem Auszug dieses Programms ist den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart nicht beizukommen. Eine Wirtschaft- und Sozialpolitik, die auch im Interesse der Arbeiterklasse liegt, muß versuchen, Wirtschaft und Sozialpolitik nach anderen Methoden zu verfassen, als mit den von der Sozialdemokratie verfolgten.

Das ist eine objektive Feststellung, die auch derjenige machen muß, der auf lebhafteste Beantwortung würde, wenn die Aussicht auf staatliche Notwendigkeiten ein Zusammengehen zwischen den bürgerlichen Mittelpunkten und der Sozialdemokratie in den kommenden Monaten und Jahren erschweren oder unmöglich machen sollte. Dieses Bedauern ist um so größer und wird um so lebhafter empfunden, als nicht zu erkennen ist, wo eine andere Parteienkombination zu finden wäre, die das Schiff des Deutschen Reiches ohne schwere Erschütterungen durch die Wende der innen- und außenpolitischen Probleme, die gestellt werden sollen, hindurchzuführen instande wäre.

Sehr interessant ist ein Eingekündigtes der Köln. Ztg. über den Wert der Zentrumspartei im politischen Leben Deutschlands, das ihr bei der Wertschätzung des sächsischen Wahlergebnisses entzinkt. Sie schreibt:

Es scheint nun so, als ob die Große Koalition mit dem Ausgang der Wahlen vorläufig gesichert sei. Denn auch der radikal veränderte Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie wird einsehen, daß sich die gemäßigten Führer der Partei durch die Schrecknisse nicht mehr in ihren Entscheidungen werden beeinflussen lassen, so daß also schnell vorgenommene Remobilisation des linksradikalen nur Verluste bringen würden. Allerdings scheint es heute am Platze, das liberal-freie Bürgerturn zu ermahnen, wie es ihre Gesinnungsgenossen im preussischen Landtag getan haben. Das wird freilich um so schwerer fallen, als im sächsischen Parteitag, ebenso wie in Thüringen, der verbindende Faden des Zentrumsdurchschnittes fehlt. Wir wissen heute, daß durch das Vorhandensein der Zentrumspartei gerade im Reich und in Preußen manche ausgleichende Wirkung in den Parteigegebenen erzielt worden ist.

hand, dem sämtliche 55 Landkreise der Rheinprovinz angehören, nahm in der Sitzung am Samstag Stellung zu der beschlossenen Herausgabe von wertbeständigem Notgeld der Städte und Landkreise des besetzten Gebietes. Die anwesenden 41 Vertreter der rheinischen Landkreise stimmten einstimmig dem Plane der Herausgabe wertbeständigen Notgeldes zu. Die in der Selbstständigkeit von gewisser Seite zum Zwecke der Distriktsbildung des Notgeldes verbreiteten Nachrichten wurden eingehend widerlegt und entschieden zurückgewiesen. Von einer neuen Inflation könne keine Rede sein, im Gegenteil hätte das Geld den Zweck, die alle Inflation abzuheben und einer etwa neu eintretenden vorzubeugen. Falls ein neuer Sturz der Mark eintreten würde, würde das Notgeldspornotgeld sowie das kommunalpapiernotgeld, wie schon mehrfach, nicht hinreichen, um den Geldbedarf zu decken. Das wertbeständige Notgeld würde dem Zahlungsmittelmangel einen Riegel vorschieben. An der Sicherheit des Geldes könne kein Zweifel sein, selbst wenn einzelne Städte und Landkreise Schulden hätten, beständen sie doch noch so viele Vermögensstoffe, daß der Betrag von 300 Millionen Goldmark spielend gedeckt werden könnte. Wenn das Reich einen Betrag von etwa 500 Millionen Rentenmark für das besetzte Gebiet vorgeschrieben hätte, dann sei der Betrag von 300 Millionen Rentenmark dem gegenüber gering. Mit Rücksicht darauf, daß das Reich nicht mehr in der Lage sei, seine Leistungen an die Kommunalverbände, z. B. hinsichtlich der Befoldungszuschüsse in dem früheren Maße aufrechtzuerhalten, müsse durch das Wertnotgeld für das besetzte Gebiet eine Regelung geschaffen werden, durch die Zahlungsforderungen der Gemeinden vermindert werden könnten.

und können zu sein.“ Lange verdröste er mich; aber endlich sagte er: „Gut, ich will mit dem Bauern reden.“ Er soll dich losgeben, und dann magst du nach Köln ziehen und, so Gott will, ein redlicher Priester werden.“ Ich jubelte auf vor Freude, und doch sollte jetzt mein Unglück kommen. Mit klopfendem Herzen sah ich am anderen Tage Vater Christophus auf den Hof kommen; gern wäre ich ihm entgegen, aber ich mußte hinaus aufs Feld. Erst am Abend kam ich heim und wurde gleich zum Bauer gerufen.

Als ich in die Stube trat, sah ich gleich, wie es mit ihm bestellt war: er war dunkelrot im Gesicht, wie immer, wenn er wütend gerufen hatte — das tat er nämlich öfter — und schrie mich mit grober Stimme, als ich die Tür noch in der Hand hatte. Du willst dich kein in acht nehmen, dachte ich bei mir, sonst fällt er noch über dich her in seiner Trunkenheit, und das brauchst du dir doch nicht mehr gefallen zu lassen.

„Was soll das heißen, Hans?“ fragte er vorwitzig, mit flammender Zunge. „Du bist der Pfaff von Molandwerth bei mir gewesen und hast Sachen geschwatzt, daß ich fast starbe, er sei nicht bei gefunden Sinnen. Ich soll dich frei geben, sagte er, damit du ein ganzer Böhrenwurm werden kannst oder gar selbst ein Pfaffe. Nichts da! Meinst du, daß ich habe ich dich geküßt auf die Jahre, damit du mir wegstäuchst, gerade wo du anfängst zu arbeiten, und drei Wochen vor der Ernte? Hast wundert's mich, daß er nicht noch verlangt, ich solle dir seine Tochter zum Weibe geben und den halben Hof dabei. Bahah!“

Da er besserer Laune zu werden schien über seinen Witz, lachte ich mit und sagte: „Nein, Meister, das will der Vater nicht haben, und es ist auch nicht nötig, daß ich heute oder morgen gehe. Die Ernte halte ich noch mit, dann aber muß ich fort.“ „So, so“, höhnte er, „das ist ja sehr artig von dir. Also bis zur Ernte willst du bleiben, damit du beim Erntefest noch mit freien und lauten

ten. Für das unbefestete Gebiet habe man für diese Zwecke zu dem Reichstheile der Ausgabe von vorübergehenden sechsprozentigen Provinzial-Geldobligationen greifen müssen. Im Grunde genommen sei die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes für das besetzte Gebiet auf Grund einer gemeinsamen sechsprozentigen Goldschuld beschlossene, für die sämtliche Kommunalverbände des besetzten Gebietes gemeinsam hätten, nichts anderes. Auch die Stempelabgabe für die Notenausgabe sei daher in Wertigkeit keine besondere Belastung für die Bevölkerung des besetzten Gebietes. Im dem Notgeld den nötigen Umlauf zu sichern, würde für das besetzte Gebiet eine besondere Bestimmung erlassen, nach der die Kommunalverbände berechtigt sind, alle öffentlichen Abgaben und ähnliche Beiträge in wertbeständigem Notgeld zu fordern. Außerdem wird die Reichsbank und die Post das Notgeld annehmen und überweisen. Es sei kein Zweifel, daß sich die Banken diesem Vorgehen anschließen werden, zumal sie dadurch von dem bisherigen Notgeld der Gemeinden befreit werden. Die Befürchtung, daß sich ein großer Teil der Landkreise von der Aktion anschließen würde, sei durchaus unangebracht. Sämtliche anwesenden Landkreise erklärten sich bereit, die Notgeldaktion mitzumachen.

Der Zusammenschluß des Rheinischen Landkreistverbandes mit der Rhein. Städtevereinigung zum Zwecke der Lösung gemeinsamer Aufgaben wurde einstimmig gebilligt. Anstelle des zurückgetretenen Vorsitzenden, Geheimrat Kesselfaul-Bonn wurde einstimmig Landrat Heumann-Köln zum Vorsitzenden des Rheinischen Landkreistverbandes gewählt, zu Stellvertretern die Landräte Geh. Rat v. Bederath-Düsseldorf und Geh. Rat v. Neumont-Erfelen. Die Geschäftsführung verbleibt nach wie vor im Landkreis Köln.

Der französische Franken unter dem italienischen Lire.

Paris, 14. Jan. Zum erstenmale in der Finanzgeschichte ist der französische Franken gestern unter dem italienischen Lire notiert worden.

Paris, 14. Jan. Der Dollar erreichte gestern eine Frankenparität von 22,25 und des Pfundes von 94,75. Zwei Abgeordnete beabsichtigen, den Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung der Kammer über die Entwertung der Banknote und die Verteuerung der Lebenshaltung zu interpellieren.

Der französische Frank hat in den letzten Wochen gegenüber den ersten Schätzungen einen empfindlichen Abbruch erlebt. In unrichtigen Verläufen kreist wohl man schon vor Monaten, daß die internationalen Bankhäuser, die nachdrücklich in Wien, Warschau und Berlin „gewirkt“ hatten, ihre Kräfte geparkt und nach Paris übergeschoben. Ein Hauptpunkt der vom französischen Finanzminister de Lasteyrie eingeleiteten Rettungsaktion soll es daher sein, die Pariser Börse von zweifelhaften Elementen zu säubern. Die Erfahrungen in anderen Ländern haben jedoch gezeigt, daß dies technisch äußerst schwierig ist, und daß es einschneidende Elemente genug gibt, welche den zugewandten Kapitalverdienern nachsehen und ihnen auch nach ihrer Vertreibung die Geschäfte besorgen. Herr de Lasteyrie hat am 8. Januar im Anschluß an eine Sitzung des Ministerrates den Vertretern der Presse eine längere Rede über die Gründe des Frankensinnes und über die Möglichkeiten der Gegenwehr gehalten. Er gibt allen Faktoren eher die Schuld an den französischen Währungsfragen als denjenigen, die in Weltwirtschaft verantwortlich zu machen sind. Frankreich hat seit Jahr und Tag seine Finanzwirtschaft auf Forderungen ausgebaut, die es nach dem Verfall der Banknote und dem Londoner Reparationsdiktat vom 5. Mai 1921 zu haben glaubt. Das amtliche Frankreich hat an dieser Politik auch dann noch festgehalten, als die Welt die Leberzeugung gewonnen hatte, daß Deutschland selbst im Laufe von Jahrzehnten nicht insstande sein würde, 132 Milliarden Goldmark zu zahlen. Weiter haben die unproduktiven Kredite, welche Frankreich seinen finanziellen Verbündeten für Währungsziele gewährt hat, die Finanzen des Landes angepöppelt und die jetzige Frankentalastophäre heraufbeschworen helfen.

Es mag richtig sein, daß sich seit dem Kriege erhebliche Frankenträge im Ausland befinden, und dort von einer richtigen Spekulation zur Herbeiführung der Frankenhilfe bemerkt werden. Ein solcher Rufsturm gegen die französische Währung wäre jedoch zum Wühligen verurteilt, wenn sonst die Grundlagen der französischen Finanzwirtschaft gesund wären. Eine Hauptstütze am französischen Währungssektor soll natürlich wieder Deutschland treffen. Die Deutschen sollen nach Urteil des Ministers „Meister in der Kunst sein, ihren Frank-

famkeit. Aber jetzt ist es genug. Pack dich und treibe die Schafe herein.“ Mir fleg das Blut in den Kopf wegen des großen Reiches; aber noch begnugte ich mich und sagte richtig: „Ihr solltet doch wissen, daß die Schafe längst im Stalle sind; und das Entsetzt will ich Euch schenken. Nun nehmt Vernunft an, Moderation; schließlich kommt Ihr mich nicht, das Leben hier kann ich nicht mehr aushalten, und da ist's doch besser, wir gehen in Oale auseinander als im Streit.“

Die Aeren an seiner Stirne schwellen an vor Mut. Er schlingt mit der Faust auf den Tisch, daß der Weinberg hinabstürzt und in Scherben stürzt. Er hob das Beile auf, und er hob sich mühsam und kam Hölzern auf mich los. „Was?“ schrie er: „Du willst mir vorschreiben, was ich zu tun und zu lassen habe? Ein Hausbrot wie du, den ich von der Straße aufgefressen habe? Auf der Stelle verpöckelst du mir, zu Weiben sonst sagst ich dir der Schüssel ein.“

Jetzt übermannte auch mich der Zorn. „Süßel Eure Zunge, Moderation!“ rief ich. „Ich bin ehrlicher Leute Kind, und für das höchsten Essen habe ich Euch gearbeitet als ein guter Knecht. Habt mich nicht an, sonst wollen wir sehen, wer der Stärkere ist von uns beiden.“ Mit einem gräßlichen Ruck warf er den zerbrochenen Krug nach meinem Kopf; aber seine Hand war unsicher, und die Scherben zerplitterten an der Wand. Im nächsten Augenblick hatte er mich gepackt, und ich mußte mich meiner Faust wehren, sonst ging es mir aus Leben. Er war viel stärker als ich, aber ungeachtet in seiner Trunkenheit und Schwachheit den Füßen. Nach hatte ich seine Arme von mir losgemacht und drückte sie ihm fest an den Leib. Er war schrecklich anzusehen, der Scham und ihm von dem Mund; dabei brüllte er wie ein Tier. Gerade wollte ich ihn loslassen und hinausjagen, da biß er mich in den Arm. Ich hob ihn in die Höhe und warf ihn rücklings gegen den Kachelofen. Er mußte wieder

best als 20. Wir müssen sehr wenig politischen machen verfräntische Fronteide, und der Ma den Franer es bisher i Aktion der Praxis gefe hauptungen hin ist ein treffend. D drückt, ist al dings nicht fehrtste Fol das die m möglich ist lano die Fr fransösischen

Dom 2 als höchste 4 Grad un 2 Grad R

Zu der gens 9 M, lies, Weiz Verbands gen Inter Georg 2 Nürnberg, Verbands Mensd“ be wiffenstunde herausgege die Ausprü Referat er gewählt:

1. Der Kapl
2. Der Stad
3. Der Dr.
4. Der
5. Der
6. Der
7. Der
8. Der

Die We leit jekt be freien des Reichsge den 23. d. Carltas 2 als Sachb Reichsunge hiesigen Ge Geseb einer Gebiet der efflierten P Josephh 8 Uhr beg lunge und Vorträge.

Am Ber der hiesige Oberbierb f am m l u i st statuten daß der d ieden Mitgl Zeughu Oberbürge schaft, sich in s i ch W art, d zureichend zu beileig endung m forderliche schaffen m Reffen, b fellschaften des Inter Stadi Reue

eine Dank ein Gied Stromwesse Mich f tot sein. foranz in knechten f meinen P mich umg ich den Qu rannte qua Menic von Köln m Mehn auf Es mochte den Bauen nicht mehr daß sie n sicher; und wir glau habe? E und an d dachte ich, ler an zu

Als ich gehen, alle nte besser dann wußt Gonne. Aber dem schamlosen Wandel u seltsamen zwischen d

gut besuchte gemeinsame Mitgliederversammlung

